
Bericht

Hans O. Hemmer: Endzeitstimmung Eindrücke von einer Reise durch Ostdeutschland*

Die Reise beginnt in Berlin. Ich benutze die Gelegenheit, mit Freunden über die Lage in Ostdeutschland zu diskutieren. Die ökonomischen Perspektiven und der Fall Stolpe stehen im Mittelpunkt. Einen Rücktritt oder ein Scheitern Stolpes halten die meisten für politisch katastrophal, seine Rolle in der evangelischen Kirche der DDR und sein Verhältnis zur Staatssicherheit sehen sie von dem Bemühen geprägt zu vermitteln und Menschen zu helfen; die Fülle

* Die Informationsreise in die Städte Bautzen, Gera und Schwerin/Wismar fand vom 27. September bis 1. Oktober 1992 statt.

der „Enthüllungen“ verunsichert allerdings, so daß manche davon ausgehen, daß er sich nicht im Amte halten können. Was die ökonomischen Perspektiven angeht, herrscht Ratlosigkeit. Die fortschreitende Deindustrialisierung der ehemaligen DDR ist unübersehbar; massive Investitionsbereitschaft kaum erkennbar, endlose Subventionsleistungen sind wohl unabweisbar. Zwar sehen alle (inzwischen), daß es keine realistische Alternative zum Einigungsprozeß gegeben hat, aber wie soll, wie wird es weitergehen?

Unter diesem Eindruck fahre ich gen Südosten. An der Autobahn wird allenthalben gebaut; der Autoverkehr ist erheblich. Im Lauf der Fahrt verstärkt sich mein Eindruck, daß das Autofahren im Osten von zentraler Bedeutung sein muß. Große und neue Autos westlicher Bauart prägen das Bild; Trabis und andere Ost-Schätzchen sind in der Minderzahl. Durch Bautzen quält sich eine Autoschlange, die sich erst gegen Abend auflöst. Auffällig scheint mir, daß viele ostdeutsche Fahrer ihre Fahrweise der Situation nicht anpassen: Sie fahren schnell trotz schlechter Wegstrecken, überholen an unübersichtlichen Stellen.

Erste Station: Bautzen

Bautzen, mit dessen Namen sich die schlimmste und verrufenste Haftanstalt der DDR verbindet (sie wurde hier, wegen der hellen Klinkerbauweise, das „gelbe Elend“ genannt), kommt mir im Kern weniger verfallen vor als andere ostdeutsche Städte. Es gibt Straßenzüge mit guterhaltenen Bürgerhäusern, es wird viel renoviert und gebaut. Tagsüber ist das Straßenbild belebt: Spaziergänger sind unterwegs, Liebespaare, junge Eltern mit Kinderwagen. Und doch: Jene DDR-typische Öde und Tristesse sind ungebrochen. An der einen oder anderen versteckten Stelle findet man noch Schilder zum Gedenken an die Klassiker - gespendet von VEBs. Das Hotel: außen ein Monument architektonischer Häßlichkeit, innen von einer Unbehaustheit, die durch die inzwischen hinzugefügten Utensilien internationaler „Hotelkultur“ eher noch gesteigert wird. Das Restaurant, überheizt wie in alten Tagen, ist mit penetranter Geschmacklosigkeit gestaltet und ausgestattet; die Bedienung freundlich und bemüht, das Essen reichlich und fettig, aber nicht eigentlich schmackhaft. Abends ist der Zulauf zum deutsch-serbischen Theater gering - trotz dessen erkennbarer Bemühungen um ein attraktives Programm. Überhaupt ist die Stadt nach 20 Uhr so gut wie menschenleer - das werde ich auch an den späteren Stationen so erleben.

Der DGB-Kreis Ostsachsen reicht etwa von Weißwasser im Norden bis Zittau im Süden, von Görlitz im Osten bis Kamenz im Westen. Er umfaßt 9 Landkreise und die kreisfreie Stadt Görlitz. Das Gebiet war traditionell ebenso industriell wie landwirtschaftlich geprägt: zum Beispiel Textilindustrie in der Oberlausitz, Metallverarbeitung in der Bautzener Gegend, Landwirtschaft und Braunkohletagebau in den nördlichen Teilen und an der südöstlichen Grenze zu Polen. Die Arbeitslosigkeit liegt offiziell bei etwas mehr als 15 Prozent, tatsächlich aber eher bei 45 Prozent - rechnet man jene Arbeitnehmer

hinzu, die sich in Fortbildungs-, Umschulungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen befinden, Kurzarbeit leisten, Altersübergangs- beziehungsweise Vorruhestandsgeld beziehen. 60 Prozent von ihnen und von denen, die arbeitslos sind, sind Frauen.

Bernhard Sonntag, der aus Düsseldorf stammende Vorsitzende des DGB-Kreises Ostsachsen, der inzwischen mit seiner Familie aus Baden-Württemberg in die Nähe von Bautzen umgezogen ist, sieht kaum eine Chance, daß sich an der Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen Misere rasch etwas ändert. An der Achse Dresden-Bautzen-Görlitz wird sich vielleicht - mit dem Ausbau von Autobahn und Schienennetz - etwas entwickeln, der Rest aber wird die „vergessene Region“ bleiben, die sie schon zu DDR-Zeiten war. Die Aussichten auf eine Belebung des Tourismus sind gering - die Attraktion von Städten und Landwirtschaft dürfte nicht nachhaltig genug sein. Und die Grenzlage zu Polen und der CSFR hat bisher mehr Probleme gebracht, als sie Vorteile verheißt - billige Arbeitskräfte kommen mehr und mehr über die Grenzen (sogar die Telekom hat davon schon Gebrauch gemacht), während andererseits Arbeit, zum Beispiel im Textilbereich, dorthin verlagert wird, weil die Produktionskosten geringer sind. Das macht böses Blut und trägt zu einer Fremdenfeindlichkeit bei, wie sie sich vor Jahresfrist in Hoyerswerda, einer Stadt in diesem Kreis, erstmalig so nachhaltig bemerkbar gemacht hat. Sie wird, da sind sich alle meine Gesprächspartner einig, aus jener Hoffnungslosigkeit gespeist, die aus Arbeitslosigkeit, Wohnungsmisere, Zukunftsangst resultiert und deren aktive und gewalttätige Demonstration jene Jugendlichen besorgen, die ohne Ausbildungsplatz, ohne Arbeit, ohne Freizeitangebote, ohne befriedigendes Familienleben sind und sich ohne Perspektive fühlen. Es gibt Anhaltspunkte dafür, daß dieser tiefen Unzufriedenheit mit sich selbst und der Welt inzwischen „Struktur“ von entsprechenden Typen aus der rechtsradikalen Szene Westdeutschlands gegeben wird. Mit ihren differenzierten Erklärungen und Appellen zur Ausländerfeindlichkeit und zum Fremdenhaß haben die Gewerkschaften hier jedenfalls ihre Schwierigkeiten, nicht wenige Arbeitnehmer lehnen sie ausdrücklich ab.

In den folgenden Gesprächen bestätigen Betriebsräte die steigende Ausländerfeindlichkeit gerade auch bei Arbeitnehmern. Für sie ist das eine Folge der noch wachsenden sozialen Unsicherheit und der weitverbreiteten aussichtslosen Lage von Jugendlichen. Diese würden - im Gegensatz zu den Älteren, die aber ebenso dächten - aktiv und aggressiv.

Frank Terbs, Betriebsratsvorsitzender der Papierschneidemaschinenfabrik 'Perf ecta' in Bautzen und sein Stellvertreter Mario Neuner, zwei junge umsichtige und beredte Männer, berichten vom Niedergang ihres traditionsreichen Unternehmens. 1990 hatte es noch über 1 000 Beschäftigte, jetzt sind es kaum mehr als 300. Nur mittels einer Betriebsbesetzung konnte die Belegschaft von der Treuhand erzwingen, daß ein westdeutscher Investor zum Zuge kam, der die Produktion weiterführen will. Hier wie auch in allen späteren Gesprächen äußern die Betriebsräte den Verdacht, daß bei der Treuhandanstalt an ent-

scheidenden Stellen Lobbyisten sitzen oder beratend tätig sind, deren Hauptaugenmerk es ist, lästige Konkurrenz im Osten auszuschalten. Auf diese Weise würden auch überlebensfähige Unternehmen beseitigt.

Perfecta hat zu DDR-Zeiten kräftig in den Westen exportiert (ca. 40 Prozent der Produktion), wenn auch zu staatlich subventionierten Preisen. Die Perfecta-Betriebsräte sehen das Unternehmen auch auf Dauer als konkurrenzfähig an. Sie haben vor etwa einem Jahr binnen zweier Wochen über den Abbau von ca. 700 Arbeitsplätzen befinden müssen und erinnern sich noch jetzt mit Schrecken an diesen Gewaltakt, bei dem ihnen, wie sie rückschauend einräumen, auch Fehlentscheidungen unterlaufen sind. Aber es war eben auch eine extrem ungewöhnliche Situation: Wann, so fragen sie, hat es das im Westen schon einmal gegeben - so viele Entlassungen in so kurzer Zeit? Immerhin ist rund die Hälfte der damals Betroffenen nicht unmittelbar in die Arbeitslosigkeit gefallen, sondern für ein Jahr von Arbeitsbeschaffungs-, Umschulungsmaßnahmen oder Übergangsregelungen aufgefangen worden. Die restliche Belegschaft ist nun durchschnittlich 40 Jahre alt, es sind überwiegend Männer mit qualifizierten Berufen, von den 58 weiblichen Beschäftigten sind nur 16 im gewerblichen Bereich tätig.

Was halten sie von den Vorschlägen, in Ostdeutschland unter das Tariflohn-niveau zu gehen? Sie wissen sehr wohl um die betriebswirtschaftlichen Zusammenhänge, machen das Dilemma am eigenen Beispiel deutlich: Bei einem Verdienst, der 40 Prozent des entsprechenden Lohnes in Westdeutschland entspricht, sind 600 DM Miete zu bezahlen, kostet der Liter Benzin 10 Pfennig mehr als im Westen. Da ist jede weitere finanzielle Einbuße nicht zu verkraften.

Und wie steht es mit der Produktivität, die so sehr viel geringer sein soll als im Westen. Ja, sie kennen diese Vorwürfe, dieses Gerede. Sie zweifeln keinen Augenblick daran, daß bei entsprechender technischer Ausstattung, ohne Stillstandzeiten und ähnliche Widrigkeiten, die zu DDR-Zeiten gang und gäbe waren, die Arbeitnehmer ihres Betriebs ebenso produktiv arbeiten wie ihre Kollegen im Westen. Was die Führungsstruktur des Betriebs angeht, so haben jetzt Westler das Sagen, die einigermaßen kooperationsbereit sind. Was die frühere Betriebsleitung angeht, unterscheiden sie zwischen jenen „roten Socken“, die lediglich ihres Parteibuchs wegen in diese Funktion kamen und solchen, die neben der Parteizugehörigkeit vor allem Qualifikation zu bieten hatten. Die gab es nämlich durchaus, aber wer in der DDR berufliche Ambitionen hatte, kam um ein Parteiengagement nicht herum.

Wie ist es um die gewerkschaftliche Organisation im Betrieb und um die Zusammenarbeit Betriebsrat-Gewerkschaft bestellt? Der Organisationsgrad, der einst bei 90 Prozent lag, ist deutlich rückläufig - die finanzielle Belastung, aber auch Enttäuschung werden als Gründe dafür angeführt. Außerdem findet sich niemand mehr bereit, gewerkschaftliche Funktionen im Betrieb zu übernehmen. Die Betriebsräte, die sowieso an der Grenze ihrer Belastbarkeit ange-

kommen sind, fühlen sich dadurch zusätzlich beschwert und sehen in dieser mangelnden Beteiligung eine ernsthafte Gefahr für die Zukunft. Sie empfinden die Zusammenarbeit mit ihrer Gewerkschaft zwar als gut und effektiv, meinen aber, daß sich die Gewerkschaftsarbeit im Osten von der im Westen deutlich unterscheidet. Das größte Kopfzerbrechen bereiten ihnen die Finanzierung der Einigung und die Entwicklung nach rechts. Wie soll, so fragen sie sich, Gesamtdeutschland finanziert werden? Den Frust, der viele im Osten nach rechts treibt, kennen sie auch. Er rührt von jener tief sitzenden Hoffnungs- und Hilflosigkeit her. Wird sie nicht beseitigt oder gemildert, ist Schlimmes zu befürchten.

Das Aufbauwerk Oberlausitz/Niederschlesien, eine Tochter des Aufbauwerks im Freistaat Sachsen, kümmert sich um Arbeitsplatzbeschaffung, Wirtschaftsförderung und betreut Arbeitsbeschaffungsgesellschaften: In 23 solcher Gesellschaften in der Region sind rund 3 100 Arbeitnehmer beschäftigt. Trotzdem blickt Geschäftsführer Schreyer nicht optimistisch in die Zukunft: Auch bei Lohnkostenzuschüssen bis zu 30 Prozent für ein Jahr sind feste Arbeitsplätze ebenso schwer zu finden wie Investoren. Es gibt zwar wohlklingende Projekte und prächtige Prospekte dazu, so soll entlang der Grenze zu Polen im Bereich der Neiße eine „Perlenkette“ zukunftssträchtiger Unternehmen entstehen. Aber die rauhe Wirklichkeit ist eher geprägt von jenen Arbeitskräften, die, zum Teil im Pendelverkehr mit Bussen, täglich aus Polen und der Tschechoslowakei anreisen, um für Niedrigstlöhne zu arbeiten. Das macht zusätzlich böses Blut bei den vielen, die hier ohne Arbeit sind und deren Enttäuschung täglich wächst: vor allem über die Politiker, die sich nicht um die ostdeutschen Länder kümmern und infolgedessen das ganze Ausmaß der Misere nicht wahrnehmen. Das nährt, sagt Schreyer, den Rechtsradikalismus und jene Hoffnungslosigkeit, die mehr und mehr Menschen dazu bringt, sich das Leben zu nehmen.

Helga Liebsch, die Betriebsratsvorsitzende des Textilunternehmens Vegro in Kirschau, ist noch ganz benommen: Kurz vorher hatte eine der Arbeiterinnen, die nun definitiv arbeitslos ist und keine Aussicht auf irgendeinen Arbeitsplatz hat, angesichts der bedrückenden Lage für sich und ihre Kinder offen davon gesprochen, sie wolle sich „den Strick nehmen“. Hier in Kirschau, dem Mittelpunkt einer traditionsreichen Textilindustrie, ist es wie andernorts auch: Frauen sind am härtesten von der Arbeitslosigkeit im Osten betroffen. Von den früher insgesamt rund 3 600 Arbeitnehmern des Werks waren 60 Prozent Frauen; heute sind noch etwas mehr als 400 Menschen beschäftigt, 1993 werden davon etwa 200 übrigbleiben. Damit wäre das Ziel der Treuhandanstalt, daß von der Textilindustrie in den neuen Bundesländern etwa 10 Prozent übrigbleiben sollten, erreicht.

Das Schlimmste für Helga Liebsch ist, daß die Frauen, die sozial Schwachen und die Kinder die Hauptleidtragenden dieses Prozesses sind. Sie können oder wollen sich nicht wehren, haben das nicht gelernt, aber sie wollen und können auch nicht betteln gehen - so empfinden sie nämlich den Gang zum Sozialamt._

Hinzu kommt, daß viele der noch relativ billigen Werkswohnungen nicht sicher sein können. Depression macht sich breit; der Ausländerhaß wächst: Viele haben das Gefühl, daß Ausländer, Asylbewerber finanziell vergleichsweise besser dastehen als mancher Einheimische. In dieser insgesamt bedrückenden Lage wächst die Tendenz zum Lohndumping; verzweifelte Arbeitnehmer nehmen Arbeit sozusagen zu jedem Preis an; Handwerksbetriebe zahlen durchweg Löhne, die weit unter Tarif hegen. Die Fähigkeit, sich zu wehren, ist bei den Arbeitnehmern entweder gar nicht vorhanden oder verschwunden; die Bereitschaft, sich gewerkschaftlich zu engagieren, ist gleich Null. Offenbar werden viele Indizien von den Menschen so gedeutet, daß alles anders läuft als von Politikern vorausgesagt und versprochen wurde und daß man daran wenig oder nichts ändern kann: So finden sich die allseits bekannten ehemaligen Stasi-Leute heute an wichtigen Stellen in Arbeitsämtern und Kommunalverwaltungen oder etwa auch als Immobilienmakler wieder. Das erbost viele, die früher unter ihnen geritten haben und heute erneut von denselben Menschen drangsaliert werden. Wie blickt Helga Liebsch in die Zukunft? Sehr optimistisch ist sie weiß Gott nicht. Sie wird versuchen, mit ihren bescheidenen Mitteln weiter konkret zu helfen. Sie geht davon aus, daß ein bißchen übrigbleibt von dem ehemals riesenhaften Werk, so daß erhalten bleibt, was sie für unabdingbar hält: ein industrieller Kern, der in der Zukunft als Kristallisationspunkt für weitere Ansiedlungen dienen kann.

Zweite Station: Gera

In Gera reicht die Zeit nur für einen Besuch beim DGB-Kreis. Der Kreisvorsitzende Dietmar Härtel (Ost) und der Organisationssekretär Willi Brüßel-Mautner (West) haben die Kooperationsfähigkeit eines solchen gemischten Doppels vielfach erprobt; sie ergänzen sich in mancher Hinsicht und sind ein schlagkräftiges Gespann geworden. Auch im Kreis Gera sind direkte und indirekte Arbeitslosigkeit sowie unzumutbare Arbeitsverhältnisse erschreckend hoch: Schätzungsweise mehr als 50 Prozent der Arbeitnehmer beziehen ihre Einkünfte nicht aus dem „ersten“ Arbeitsmarkt. Das hat auch hier damit zu tun, daß alle bisherigen industriellen Strukturen zusammengebrochen sind: Maschinenbau-, Elektronik-, Textil- und Porzellanindustrie liegen darnieder oder sind nicht mehr existent. Auch der geheimnisumwitterte Uranbergbau „Wismut“, jetzt im Bundesbesitz, wird „abgewickelt“. Diejenigen, die noch Arbeit haben, arbeiten für wenig oder sogar gar keinen Lohn, wenn der Arbeitgeber zum Beispiel zusagt, den Arbeitsplatz langfristig zu sichern. Angst geht um, Aggressivität wächst gewaltig an. Die Bereitschaft zur Gewaltanwendung steigt sprunghaft - nicht nur bei Jugendlichen. Über die ehemaligen sowjetischen Streitkräfte sind Waffen zu bekommen, die offenbar auch gekauft werden. Und es wächst die Bereitschaft, sie einzusetzen. Es gibt Äußerungen, daß man den Politikern noch ein halbes Jahr Zeit einräume - danach gebe es Bürgerkrieg. In Bonn werde, so die beiden DGB-Funktionäre, der soziale Zündstoff, der sich im Osten ansammelt, unterschätzt. Indem die Bereitschaft,

öffentlich zu demonstrieren, schwinde, wachse die Gefahr einer explosionsartigen Entladung. Den Arbeitnehmern fehlen einfach die Erfolgserlebnisse, sie spüren nicht mehr, daß sie etwas erreichen können. Der Eindruck, daß es der Treuhandanstalt in erster Linie darum geht, Konkurrenz auszuschalten, daß dort Lobbyisten im Spiel sind, die vorrangig entsprechende Ziele verfolgen, ist übermächtig. Hinzu kommt, daß den Menschen in der früheren DDR kaum Eigeninitiative zugemutet wurde, daß alles seinen vorgezeichneten Gang hatte. Um so wichtiger ist es nun, ihnen klar zu machen, daß sie ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen müssen und können - und um so schwerer.

Wie soll es weitergehen in Gera? Gerade weil die Umweltbelastung hier in vielen Bereichen (zum Beispiel Wismut, Teerherstellung) stark ist, ergibt sich daraus vielleicht eine Chance für moderne Umweltforschung, -entwicklung und -technologie. Aber die Gewerkschafter haben keine Illusion darüber, wie schwer es sein wird, entsprechende Investoren und Unternehmen zu motivieren: „Es kommt keiner hierher.“ - Das hübsch gelegene, traditionsreiche Gera hat Mühe, seinen Charme zu entfalten: Das Zentrum der Stadt ist mit mehreren der berüchtigten Hochhäuser in Plattenbauweise geradezu verhandelt. Wer ist eigentlich für derartige architektonische Gemeinheiten verantwortlich? Unabhängig von der Architektur bietet sich in Gera ein Phänomen, das zuvor in Bautzen wie später in Schwerin ähnlich zu beobachten ist: Nach Einbruch der Dunkelheit sind die Städte menschenleer. Auch bei schönem Wetter scheint es kein nennenswertes geselliges oder kulturelles Leben in Kneipen, Kinos, Theatern, Diskotheken, bei Konzerten, Festen oder anderen Veranstaltungen zu geben. Wahrscheinlich ist das ein Renkt aus DDR-Zeiten, vielleicht liegt es auch am mangelnden Angebot, aber man kann sich vorstellen, daß es vielen Menschen nicht leichtfallen wird, mit allen Herausforderungen, Widrigkeiten und Verlockungen einer neuen Lebensart zurechtzukommen, wenn sie so sehr auf die enge Wohnung im öden Wohnblock angewiesen sind.

Dritte Station: Schwerin/Wismar

Schwerins natürlicher Schönheit haben selbst vierzig Jahre DDR-Sozialismus nichts anhaben können. Die herrliche Lage der Stadt im Norden ist unzerstörbar, und einige architektonische Schätze haben die Zeit überdauert. Natürlich gibt es auch hier jene unerträglich häßlichen Wahrzeichen des real existierenden Sozialismus - die Hochhäuser in Plattenbauweise -, allerdings etwas außerhalb der Stadt. Und es gibt auch hier - als markantestes Zeichen der neuen Zeit - einen derart starken Autoverkehr, daß die Stadt davon schier erstickt wird.

DGB-Kreisvorsitzender Thomas Fröde, ein in der Gegend beheimateter ehemaliger Betriebsratsvorsitzender eines Landmaschinenbetriebs in Güstrow, der sich während der „Wende“ politisiert hat, hat alle Hände voll zu tun mit den Vorbereitungen des 3. Oktober: Der Landesbezirk Mecklenburg-Vorpommern hat sich entschlossen, als Kontrapunkt zur offiziellen staatlichen „Jubel-

feier" in Schwerin zum „Tag der deutschen Einheit" und zur Kundgebung der PDS eine Veranstaltung zum Thema „Demokratie und Menschenrechte" zu organisieren.

Auch in diesem DGB-Kreis, in diesem Landstrich, der geprägt war von Metall- und Werftindustrie sowie Landwirtschaft, sieht es nicht anders aus als in den zuvor besuchten Gegenden: Die Arbeitslosigkeit liegt de facto bei 50 Prozent; Angst, Resignation und Hoffnungslosigkeit breiten sich epidemisch aus. Auch das Vertrauen in die Gewerkschaften läßt spürbar nach, die Menschen lassen sich kaum noch ansprechen oder gar mobilisieren; zu den meisten Frauen, die arbeitslos geworden sind, haben die Gewerkschaften überhaupt keinen Zugang mehr. In dieser Lage wäre eine weitere Verstärkung des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes vonnöten: Mit ihren arbeitsrechtlichen Fragen bringen die Menschen oft genug seelische Probleme mit, für die die überlasteten Rechtsschutzsekretäre kaum Zeit haben und von denen sie sich durchweg überfordert fühlen. Eine Intensivierung und Neustrukturierung dieser Arbeit könnte den dringend benötigten Zugang zu den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verbessern und könnte ihnen vielleicht manch kleines Erfolgserlebnis vermitteln, das der Mensch braucht, um (weiter-) zu leben. Die sozialen Probleme wachsen zur Zeit in besorgniserregende Dimensionen, in den Wohnblocks gärt es unter den Jugendlichen - all das ist ein idealer Nährboden für den wachsenden Rechtsradikalismus der vielen, die sich verlassen fühlen. Die DDR-Bürger waren die obrigkeitliche „Fürsorge" gewohnt, alles im Leben war geregelt, nahm seinen vorgeschriebenen Gang. Das beförderte eine Art von Versorgungsmentalität. Manchen fällt deshalb die Umstellung zur Eigenaktivität, zur selbstverantwortlichen individuellen Gestaltung schwer, und einige haben wohl auch Mühe mit den Grundregeln der Demokratie, zum Beispiel dem Mehrheitsentscheid. Die Gesamtlage ist jedenfalls, nach Einschätzung des Kreisvorsitzenden, so, daß es eine Frage der Zeit ist, wann sich die soziale Spannung entlädt.

Auf der Meerestechnik-Schiffswerft (MTW) in Wismar, die bis vor kurzem Mathias-Thesen-Werft hieß, muß ich lange warten, bevor ich mit der Betriebsratsvorsitzenden Inge Pohlmann und ihrer Stellvertreterin Lore Faasch sprechen kann: Sie sind in einer der nun zahlreichen „Krisensitzungen", in denen es um Arbeitsplätze, Sozialpläne, Zukunftsperspektiven geht. Auf der Werft, die früher ca. 6 500 Beschäftigte hatte, sind noch 2 762 Menschen tätig. Deren Stimmung ist, nachdem sie die Werft noch im Februar 1992 wegen der unklaren Zukunftsaussichten 15 Tage lang besetzt hatten, inzwischen schlecht, weil jeder von ihnen fürchtet, auf einer „Abbauliste" zu stehen. Die Eigentumsverhältnisse sind für den Laien einigermmaßen undurchsichtig. Zwar ist der Übergang der Werft von der „Deutschen Maschinen- und Schiffbau AG" zum „Bremer Vulkan" juristisch vollzogen, aber aufgrund eines Versäumnisses der Bundesregierung fehlt nach wie vor die notwendige Bestätigung von der EG in Brüssel, so daß sich für das Unternehmen, das damit de facto weiterhin bei der Treuhand verbleibt, niemand so recht zuständig fühlt. Der Betriebsrat ver-

mutet, daß die Werft, der einzige Industriestandort in Wismar, ausgehungert werden soll. Rasche Investitionen wären nötig, um den Anschluß an den Weltmarkt herzustellen. Die Werft hat genügend Aufträge, darunter 3 Schiffsbauten für China, aber zu deren Ausführung müssen die technischen Bedingungen geschaffen werden. Der Betriebsrat spürt die Zeit davonlaufen.

Die IG Metall steckt in einer schwierigen Situation: Es könnte nämlich darauf hinauslaufen, daß bei einer entsprechenden Lösung Werftarbeitsplätze im Westen gefährdet würden. Für diese ungemütliche Lage haben die beiden resoluten und patenten Betriebsrätinnen zwar Verständnis, aber die Belegschaft, die nach wie vor zu etwa 95 Prozent organisiert ist, fühlt sich doch mehr und mehr alleingelassen.

Trotz aller Probleme und Schwierigkeiten ist der Betriebsrat allerdings nicht bereit, auf die erkennbaren Bestrebungen der Geschäftsleitung zur Öffnung der Tarifverträge einzugehen oder über die abgeschlossenen Tarifverträge neu zu verhandeln.

Fazit

Eine Reise von wenigen Tagen kann natürlich nur erste und oberflächliche Eindrücke vermitteln. Aber ein paar Erkenntnisse lassen sich dennoch festhalten, stammen sie doch aus Beobachtungen, die an drei Stationen ähnlich zu machen waren oder gar übereinstimmten. Die Entindustrialisierung ganzer Regionen wird, obwohl sie bereits bedrohliche Ausmaße angenommen hat, weiter fortgesetzt. Die Folge davon sind steigende Arbeitslosenzahlen, die nicht selten faktisch schon bei 50 Prozent liegen. Frustrationen, Depressionen, Zukunftsängste und, im Zusammenhang damit, rechtsradikale Einstellungen nehmen bei den Betroffenen ebenso wie bei denen, die bald betroffen sein könnten, rasch und deutlich zu und verdichten sich gerade bei Jugendlichen zu militantem Ausländerhaß, zu Aggressivität und Gewaltbereitschaft gegenüber Schwächeren. Die Ignoranz der Westdeutschen gegenüber den Menschen und Problemen in Ostdeutschland wird allgemein beklagt - vielfach hört man ein Unbehagen darüber hinaus, „unterworfen“ worden zu sein, zumindest aber unterlegen zu sein, nicht ernstgenommen zu werden. Kaum jemand wünscht sich die SED-Diktatur zurück, aber vielen fehlt doch zumindest ein Stück jener Sicherheit, die der Betreuungs- und Kontrollstaat garantierte. Der Umgang mit Freiheit und Risiko ist ungewohnt - und kaum jemand hilft dabei. Daß ehemalige Funktionäre von SED, FDGB und anderen Organisationen wiederum in Amt und Würden sind, wird zwar als störend und lästig empfunden, tritt aber gegenüber den existenziellen Nöten und Ängsten eher in den Hintergrund. Schließlich die Gewerkschaften: Von ihnen wird nach wie vor - wohl auch in der Erinnerung an den SED-Ableger FDGB - (zu) viel erwartet, aber bei Betriebsräten und Belegschaften wächst die Ernüchterung über deren tatsächliche Handlungsspielräume und Möglichkeiten in der Marktwirtschaft. Das mag gewisse Verselbständigungstendenzen und Absatzbewegungen erklären.

Viele dieser Probleme werden sich - wenn überhaupt - nur langfristig bewältigen lassen. Maßgebliche Vertreter der deutschen Politik haben die Vereinigung dagegen mit kurzfristigen Vorstellungen verknüpft. Nicht zuletzt aus dieser Differenz erklärt sich die Bedrückung im Osten und die düstere Endzeitstimmung der Menschen dort. Ob die Spannung gelockert, die Stimmung gebessert werden kann liegt nicht nur in der Hand von Politikern, Unternehmen, Gewerkschaften. Jeder einzelne kann dazu beitragen - und sei es nur dadurch, daß er sich in den Osten aufmacht, um zu sehen, zu hören, zu helfen.